

## Hungersnot im Südsudan - Eskalierende Katastrophe im Schatten des Krieges

**Das jüngste Kind der Staatengemeinschaft ist ein Sorgenkind. Nur wenige Jahre nach seiner Unabhängigkeit bietet der Südsudan ein katastrophales Bild. Es ist das Bild eines scheiternden Staates. Das Leid der ohnehin krisengeplagten Bevölkerung im Südsudan nimmt derweil immer beängstigendere Ausmaße an. Zu den direkten Folgen des anhaltenden Bürgerkrieges kommen die Auswirkungen einer verheerenden humanitären Krise, die durch akute Nahrungsmittelknappheit weiter eskaliert. Mitte Februar 2017 erklärten die Vereinten Nationen eine Hungersnot - neben dem Südsudan auch für Nigeria, Somalia und Jemen. Es ist die erste offizielle Ausrufung einer akuten Hungersnot seit 2011. Damals starben mehr als 250.000 Menschen in Somalia. Nun fehlt es Millionen Menschen im Südsudan an Zugang zu ausreichend Nahrungsmitteln. Eine Besserung der Lage scheint nicht in Sicht.**

Nach der Definition der Vereinten Nationen spricht man gemäß der *Integrated Food Security Phase Classification* von einer Hungersnot, wenn mindestens 20 Prozent der Bevölkerung unter Nahrungsmittelknappheit leiden, mindestens 30 Prozent akut unterernährt sind, und mindestens zwei von 10.000 Menschen täglich an Nahrungsmangel sterben.

Im Südsudan befinden sich laut einer gemeinsamen Erklärung von drei UN-Organisationen (Kinderhilfswerk UNICEF, World Food Programme und Welternährungsorganisation FAO) bereits 100.000 Menschen in akuter Lebensgefahr. Eine Million Menschen stehen zudem kurz vor einer Hungersnot. Insgesamt 4,9 Millionen Menschen sind dringend auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Das sind über 40 Prozent der Bevölkerung. Von akuter Mangelernährung

sind bereits über eine Million Kinder betroffen. Die Lage ist finster.

Dass insgesamt gleich vier Regionen gleichzeitig betroffen sind, macht die aktuelle Hungersnot zu einer Katastrophe von bisher unübertroffenem Ausmaß. Im schlimmsten Falle könnten laut Schätzungen im nächsten halben Jahr in den vier Krisenregionen insgesamt bis zu 20 Millionen Menschen den Hungertod sterben.

Gemeinsam haben fast alle dieser parallelen Krisen die Tatsache, dass sie in erster Linie menschengemacht sind. Zwar spielen auch klimatische Faktoren, wie das Wetterphänomen El Niño und der allgemeine Klimawandel, eine Rolle. In Ostafrika und am Horn von Afrika herrscht eine extreme Dürre, die neben Somalia auch andere Länder wie Äthiopien, Kenia, Tansania und Uganda betrifft. Aber letztlich ist wohl nur in Somalia die Hungersnot in erster Linie auf ausbleibenden Regen zurückzuführen. Im Südsudan wie auch in Nigeria und im Jemen sind bewaffnete Konflikte und Terror die Hauptursachen des humanitären Notstands.

### Vom neugegründeten zum gescheiterten Staat

Erst im Jahr 2011 erlangte der Südsudan seine Unabhängigkeit vom Sudan. Doch die Hoffnungen auf Frieden und Stabilität im jüngsten Staat der Welt wurden sehr schnell enttäuscht. Alte interne Konflikte brachen schnell auf. Ende 2013 eskalierte ein langer schwelender Machtkampf zwischen dem Präsidenten Salva Kiir und seinem Stellvertreter Riek Machar und führte zu einem blutigen Bürgerkrieg. Zahlreiche Versuche zur Umsetzung von Friedensabkommen scheiterten seitdem. Nachdem im Juli 2016 eine im Rahmen der Friedensverhandlungen eingesetzte Übergangsregierung der nationalen Einheit zerbrach, haben sich die Kämpfe er-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2017

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

neut ausgeweitet (siehe KAS-Länderbericht vom 15.7.2016:

<http://www.kas.de/uganda/de/publications/45872/>).

Die politische Elite ruiniert das Land und überzieht es mit Gewalt - den Preis zahlt die Zivilbevölkerung. Zwar leidet der Südsudan auch an den Folgen einer allgemeinen Dürre in der Region, aber die große Hungerkatastrophe ergibt sich, weil die Regierung versagt und der anhaltende Krieg die notwendige Hilfe erschwert.

Über 50.000 Menschen sind den Kämpfen seit Ende 2013 bisher zum Opfer gefallen. Die Wirtschaft ist kollabiert. Die Inflation schießt in die Höhe - 2016 gar auf über 600 Prozent. Das wenige noch verfügbare Geld wird von den korrupten Eliten ins Ausland geschafft. Inflation und hohe Treibstoffpreise treiben auch die Lebensmittelkosten in die Höhe. In den Städten können sich die Menschen kaum noch mit ausreichend Nahrungsmitteln versorgen. Die Preise erlauben es ihnen nicht mehr, ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Vor allem aber hat der Krieg die Landwirtschaft und damit die wichtigste Lebensgrundlage der Menschen weitgehend zerstört. Im eigentlich fruchtbaren Südsudan lebt ein Großteil der Bevölkerung von Subsistenzlandwirtschaft. Die landwirtschaftliche Produktion wird aber durch den Bürgerkrieg immer weiter geschwächt. Die meisten Menschen befinden sich auf der Flucht und haben ihre Ländereien zurückgelassen. Aus Angst vor Übergriffen bewirtschaften viele Kleinbauern ihre Felder nicht mehr. Ganze Landstriche liegen brach. Hinzu kommt die Regenknappheit, die schon 2016 - bedingt durch das Wetterphänomen El Niño - zu Ernteausfällen und Einbrüchen in der Nahrungsmittelproduktion führte. Davon ist vor allem der Norden des Landes betroffen und hier insbesondere der Staat Unity, in dem die meisten Hungertoten befürchtet werden. Doch die Krise hat mittlerweile das ganze Land erfasst. Mit der erneuten Eskalation seit Juli 2016 haben die Kämpfe auch zuvor stabile Regionen im Zentrum und Süden des Landes erreicht und auch dort zu einem Einbruch der Lebensmittelproduktion geführt.

Die Menschen haben kaum mehr Möglichkeiten, sich anzupassen. Viele Familien haben alle Wege ausgeschöpft, sich ohne Hilfe von außen am Leben zu halten. Sie müssen sich mit dem begnügen, was sie finden können. Beobachter berichten von dramatischen Zuständen. So seien Flüchtlinge im Land mitunter gezwungen nicht nur wilde Früchte, sondern auch Gras, Zweige und Baumrinde zu essen. Hinzu kommen Krankheiten, die die Menschen schwächen, vor allem ausgelöst durch den mangelnden Zugang zu sauberem Trinkwasser.

### Unfassbare Gewaltexzesse

Neben Hunger und Krankheit leidet die Bevölkerung unter schlimmsten Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, die beide Seiten im Konflikt offenbar begehen. Sowohl den Regierungstruppen als auch den Rebellen, sowie den auf beiden Seiten kämpfenden verbündeten Milizen werden Massaker an Zivilisten und systematische Angriffe auf zivile Ziele vorgeworfen. Flüchtlinge berichten von nahezu alltäglichen Gräueln im Konflikt: Plünderungen und Entführungen, sexuelle Übergriffe bis hin zu Massenvergewaltigungen, Folter und willkürliche Tötungen durch Soldaten und Milizionäre. Es herrscht ein permanenter Zustand der Angst vor den bewaffneten Gruppen.

Besonders besorgniserregend ist die ethnische Dimension der Gewalt. Zwar geht es in dem Konflikt letztlich um den Kampf der politischen Eliten um Macht und Ressourcen, doch die bewusste Politisierung von Ethnizität und das Schüren von Hass führen dazu, dass sich eben dieser Konflikt mehr und mehr entlang ethnischer Linien entlädt.

Im Wettstreit der Netzwerke der Eliten um die staatliche Macht und den Zugang zu den Ressourcen des Landes bietet die politisierte ethnische Identität den Politikern und Militärs ein effektives Mittel zur Sicherung der Loyalität und Mobilisierung ihrer Kräfte. Obwohl im Südsudan über 60 verschiedene Volksgruppen leben, steht dabei der Konflikt zwischen den zwei größten ethnischen Gruppen im Vordergrund: während Präsident Kiir der mit rund 36 Prozent der Bevöl-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2017

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

kerung größten Ethnie der Dinka angehört, stammt der nun abgesetzte ehemalige Vizepräsident und Widersacher Machar von der Nuer-Volksgruppe, die rund 16 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Beide setzen auf die Loyalität ihrer jeweiligen Volksgruppe und werden im Bürgerkrieg von ethnischen Milizen unterstützt. Die extreme Polarisierung zwischen den Volksgruppen nimmt weiter zu. Durch die zu beobachtende verstärkte ethnische Mobilisierung auf beiden Seiten wird dies immer weiter verschärft. Die nächste Eskalationsstufe des Konflikts, so befürchten viele Beobachter, könnte einen umfassenden ethnischen Bürgerkrieg bedeuten.

Bereits jetzt scheinen ethnisch motivierte Verbrechen an der Tagesordnung zu sein. Es mehren sich bereits seit Monaten die Berichte von ethnischen Vertreibungen und gezielter Gewalt gegen bestimmte ethnische Gruppen. Im Dezember 2016 berichtete die UN-Menschenrechtskommission von Massakern und Fällen von gezieltem Aushungern, die als Akte „ethnischer Säuberungen“ angesehen werden können, und warnte vor der steigenden Gefahr eines Genozids. Insbesondere die massive Mobilisierung von Soldaten und Milizen seitens der aufgrund von Truppenstärke und Waffenarsenal offensichtlich überlegenen Regierungsarmee erfüllt Beobachter mit Sorge.

### Die größte Flüchtlingskrise in Afrika

Unterdessen hat sich die Situation im Südsudan zur momentan größten Flüchtlingskrise in Afrika entwickelt. Zudem handelt es sich heute nach Syrien und Afghanistan um die drittgrößte Flüchtlingskrise weltweit. Ein großer Unterschied: die Krise im Südsudan wird weitgehend unterschätzt, die öffentliche Aufmerksamkeit ist weitaus geringer und auch die Bemühungen zur Finanzierung der notwendigen Hilfsmaßnahmen bleiben weit hinter den Anforderungen zurück. Erst im Zuge der Erklärung der Hungersnot ergab sich zuletzt ein etwas gesteigertes Medieninteresse.

Insgesamt rund 3,6 Millionen Südsudanesen sind auf der Flucht, davon 2,1 Millionen innerhalb des Landes. Sie schlagen sich auf

eigene Faust unter schlimmsten Umständen durch oder harren in einem der vielen Flüchtlingscamps aus. Dort herrschen, allen Bemühungen der Hilfswerke zum Trotz, schlechte Zustände. Es fehlt an Zelten, Wasser und sanitären Einrichtungen. Auch die Sicherheit vor den bewaffneten Gruppen kann nicht immer gewährleistet werden.

Weitere 1,5 Millionen Flüchtlinge haben seit Dezember 2013 Zuflucht in Nachbarländern gesucht. Allein in Uganda sind über 700.000 Südsudanesen untergekommen. Aktuell kommen jeden Tag zwischen 2.000 und 4.000 neue Flüchtlinge hinzu. Die ugandische Flüchtlingspolitik gilt weltweit als Vorzeigemodell. Bisher erhält jede Flüchtlingsfamilie, die Uganda erreicht, innerhalb von zwei Tagen ein kleines Stück Land (ca. 30qm) und ein Set aus Zeltplanen, um sich einen Unterschlupf zu errichten und Lebensmittel anbauen zu können.

In Anbetracht des großen Flüchtlingsandrangs gerät Uganda aber zunehmend unter Druck und das ugandische Aufnahmemodell an seine Grenzen. Die Versorgungslage wird schwieriger, der Bedarf an Lebensmittelhilfen steigt. Gleichzeitig hat auch Uganda mit Entwicklungsproblemen zu kämpfen - insbesondere in den an den Südsudan angrenzenden Regionen Nordugandas - und leidet aktuell ebenfalls an der allgemeinen Dürre in der Region. Der Unmut in der in den Aufnahmegebieten ansässigen Bevölkerung scheint zu steigen.

Der deutsche und europäische Blick auf Afrika wird derzeit stark dominiert von der Flüchtlingsthematik. Die sich nun abzeichnenden Flüchtlingsbewegungen müssen in der Tat mit Sorge gesehen werden und bedürfen mehr Aufmerksamkeit seitens der internationalen Gemeinschaft. Dabei geht es neben der Fluchtursachenbekämpfung auch um die Unterstützung der aufnehmenden Nachbarländer, um ihnen bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme Hilfestellung zu geben und auch ihre Resilienz gegenüber destabilisierenden Einflüssen zu stärken.

Natürlich macht es wenig Sinn, eine Krise wie im Südsudan direkt mit Wanderungsbewegungen nach Europa in Verbindung zu setzen. Ein Strom von Flüchtlingen nach Europa aufgrund des Bürgerkriegs im Südsu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2017

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

dan ist nicht zu erwarten. Ohnehin suchen mehr als 90 Prozent der afrikanischen Flüchtlinge Schutz auf dem eigenen Kontinent. Und insbesondere für die völlig mittellosen Opfer aus dem Südsudan gilt: die kostspielige Flucht nach Europa ist keine Option.

### Der schwierige Einsatz der Helfer

Die verschiedenen Hilfswerke bemühen sich um die Versorgung der Menschen mit dem Allernötigsten, haben aber mit den extrem schwierigen Umständen zu kämpfen. Es fehlt an der notwendigen finanziellen Unterstützung. Da die südsudanesisische Regierung nicht in der Lage - und wohl auch nicht Willens - ist, Hilfe für die eigene Bevölkerung bereit zu stellen, ist die internationale Gemeinschaft gefordert. Doch die bisher bereitgestellten Mittel reichen kaum aus.

Zudem stellt sich immer wieder die Frage, wie sich die Bevölkerung in Not überhaupt erreichen lässt. Die permanente Gefahr gewaltsamer Kämpfe und Übergriffe erschwert die Arbeit der Helfer und macht sie zu einem gefährlichen Unterfangen. Immer wieder erreichen Hilfslieferungen aufgrund von allgemeinen Gefechten und auch gezielten Angriffen nicht ihr Ziel. Ohnehin sind Hilfslieferungen über den Landweg oft nicht oder nur sehr schwer möglich - nicht nur wegen der Sicherheitslage, sondern auch wegen mangelnder Infrastruktur und schlechten Straßenverhältnissen. Das World Food Programme und UNICEF setzen für entlegene Gebiete Hubschrauber ein; zum Teil werden die Hilfsgüter aus der Luft abgeworfen.

Die Einrichtung fester Anlaufstellen für Hilfeleistungen gestaltet sich besonders schwierig, da sie potentielle Zielscheiben darstellen. Wiederholt wurden Flüchtlingslager und sogar Krankenhäuser angegriffen. Zudem sind die meisten Menschen ständig in Bewegung, immer wieder ergreifen sie die Flucht vor Gewalt oder ziehen weiter auf der Suche nach Ressourcen zum Überleben. All dies erschwert die koordinierte Nahrungsmittelverteilung und medizinische Versorgung.

Die UN-Mission UNMISS (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) und

verschiedene Hilfsorganisationen beklagten sich zudem wiederholt über Behinderungen durch die Armee und die staatliche Bürokratie, was kritische Beobachter zu dem Schluss kommen ließ, die Regierung stehe dem Leid der eigenen Bevölkerung gleichgültig gegenüber.

Nach der Erklärung der Hungersnot durch die UN-Organisationen reagierte die südsudanesische Regierung und verkündete ihrerseits den Hungernotstand. Präsident Salva Kiir versprach, Hilfsorganisationen ungehinderten Zugang zu besonders bedürftigen Menschen zu gewähren. Zudem wolle die Regierung selbst deutlich mehr Nahrungsmittel in die betroffenen Regionen liefern.

### Versagen der politischen Eliten

Spricht man mit Betroffenen und Beobachtern, so hört man einen weit verbreiteten Eindruck: die Machthaber schauen zu, wie die Bevölkerung verhungert. Dabei geht der Vorwurf der Ignoranz und Untätigkeit an die politischen Eliten gar nicht weit genug. Denn es sind eben jene gierigen, machtbesessenen und korrupten Eliten, die ihr Land derart schänden, dass der Weg in die Katastrophe führt. Ihr Kampf um die politische Macht und den Zugang zu den Ressourcen hat zum Zusammenbruch des Landes geführt.

Eigentlich könnte man sehr wohl meinen, die südsudanesische Führung hätte die Möglichkeiten, das Land selbst aus dem Elend zu führen. Schließlich zählt der Südsudan zu den ölfreichsten Ländern Afrikas. Doch gerade dieser Ölreichtum befeuert die Konflikte im Land. Denn die Ressourcen wecken Begehrlichkeiten. Und wer über die politische Macht verfügt, kann sich an den Ressourcen bereichern.

In Abwesenheit einer politischen Vision und Entwicklungsagenda für die Zukunft des Landes und in Abwesenheit funktionierender Verwaltungsstrukturen und starker demokratischer Institutionen dominiert eine Logik der Selbstbereicherung und des Machtausbaus auf Basis militärischer Gewalt den politischen Betrieb im Südsudan.

Dass sich die Konfliktparteien zusammenschließen, erscheint mehr als unwahrscheinlich.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2017

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

lich. Beobachter erwarten kaum ernsthafte Bemühungen seitens der Regierung, den Konflikt beizulegen. Die Ignoranz gegenüber dem Leid im Land ist wohl auch dem Kalkül auf persönlichen Profit geschuldet. Obwohl die Wirtschaft am Boden liegt, scheint es immer noch Möglichkeiten der persönlichen Bereicherung zu geben. So wirft der im September 2016 erschienene Sentry-Report wichtigen Politikern und Militärs vor, aus dem Konflikt und Chaos im Land Profit zu schlagen. Sie hätten massiv Vermögen ins Ausland geschafft, so der Bericht, und unter anderem in Immobilien im Nachbarland Kenia investiert.

Manche Beobachter setzen ihre Hoffnung auf den von Präsident Kiir im Dezember angekündigten „nationalen Dialog“. Angesichts wachsender Kritik zeigte sich Kiir zuletzt etwas milder in seinen Äußerungen. In Anbetracht der Hungerkrise betonte er abermals die Dialoginitiative. Diese sei keine „Augenwischerei“ – wie viele Kritiker monieren – sondern eine ernste Initiative, so Kiir.

Die Opposition um den im Exil befindlichen Riek Machar begrüßte die Dialoginitiative zunächst, stellte aber auch umgehend klar, dass diese nicht von Präsident Salva Kiir geführt werden dürfe. Zwar kündigte die UN-Mission UNMISS ihre Unterstützung für den Dialog an. Bei vielen Beobachtern überwiegt jedoch die Skepsis, denn ein nach den Vorstellungen der Regierung gestalteter Dialog würde wichtige Akteure außen vor lassen, zentrale politische Komponenten des letzten Friedendabkommens bei Seite schieben und wohl auch die wichtige Frage der Strafverfolgung ausklammern, ohne die eine nachhaltige Aussöhnung und Stabilisierung unwahrscheinlich ist.

Berichte aus dem Inneren scheinen im Übrigen zu bestätigen, dass es mit der Glaubwürdigkeit der Regierung nicht weit her ist. Zuletzt sorgte der Rücktritt des Militärgenerals Thomas Swaka für Schlagzeilen. In einem Brief an Präsident Kiir wirft er der Regierung und Militärführung ethnische Säuberungen und weitere Kriegsverbrechen vor und behauptet, der aktuelle Konflikt sei bewusst provoziert worden.

### Was tut die internationale Gemeinschaft?

Das Scheitern im Südsudan ist auch ein Scheitern der internationalen Gemeinschaft. Mit viel Euphorie und massiver finanzieller Hilfe wurde die Unabhängigkeit des Südsudans unterstützt. Viele Probleme, die sich dabei schon frühzeitig abzeichneten, wurden jedoch ignoriert oder unterschätzt: die mangelnde Herausbildung einer positiven nationalen Identität und Agenda, die Dominanz der militärischen Machtlogik, die Schwäche der jungen administrativen Strukturen, die Korruption und Selbstbereicherungsmentalität der politischen Elite, die mangelnde Erfahrung mit ziviler Konfliktbearbeitung, die aufbrechenden internen Konflikte, das de facto Scheitern der Demobilisierung etc. Die historischen Belastungen und die komplexen Dynamiken im Südsudan wurden verkannt.

Nicht nur an den verpassten Chancen im Aufbau demokratischer Strukturen muss sich die internationale Gemeinschaft Kritik gefallen lassen, sondern auch am Umgang mit der Krise seit 2013. Zu lange wurden die Konfliktstrukturen unterschätzt und der Spielraum, um über Positivmaßnahmen, diplomatischen Druck und Sanktionen die Entwicklungen zu beeinflussen, nicht voll genutzt.

Mit der Unabhängigkeit des Südsudans beschloss der UN-Sicherheitsrat 2011 die Entsendung der Friedensmission UNMISS mit dem Ziel der Konsolidierung von Frieden und Sicherheit im Land sowie der Gewährleistung von stabilen Verhältnissen für die Entwicklung des Landes. Nach Ausbruch des Bürgerkrieges wurden die Prioritäten zugunsten des Schutzes der Zivilbevölkerung, Monitoring der Menschenrechtslage, Unterstützung bei der Leistung humanitärer Hilfe und Überwachung des Waffenstillstands neu definiert.

Die Mission, die aktuell rund 13.000 Soldaten umfasst, wurde mehrfach beschuldigt, beim Schutz der Zivilbevölkerung zu versagen. Dies hängt auch mit dem beschränkten Mandat zusammen, sowie mit den komplizierten Befehlsstrukturen, gemäß derer die Soldaten zunächst um Erlaubnis ihrer jeweiligen Heimatländer fragen müssen, bevor

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## UGANDA

MATHIAS KAMP

Februar 2017

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

sie einschreiten können. Vertreter von UN-MISS äußerten zudem wiederholt ihren Unmut über unzureichende Ressourcen für die Mission.

Insbesondere nach der erneuten Eskalation des Konflikts im Juli 2016 wurde massive Kritik an der Friedensmission laut. Beobachter warfen den Blauhelmsoldaten Untätigkeit und Versagen beim Schutz von Zivilisten und UN-Mitarbeitern vor. Hilferufe seien ignoriert worden und selbst in unmittelbarer Nähe seien die Soldaten nicht eingeschritten, um Morde und Vergewaltigungen zu verhindern.

Ein UN-Bericht, der die Ermittlungen zum Geschehen zusammenfasst, kommt zu dem Schluss, die Mission leide an strukturellen und systemischen Problemen und habe auf die Gewaltwelle im Juli „chaotisch und unwirksam“ reagiert. Besonders harsch fiel die Kritik an der kenianischen Leitung der Mission aus. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ordnete die Entlassung des kenianischen Generalleutnants Mogoia Kimani Ondieki an. Die kenianische Regierung reagierte empört und beschloss den Abzug seines rund 1.000 Soldaten umfassenden Kontingents. Zwar wurde Ende 2016 die Verlängerung des Mandats beschlossen und es wurde zudem eine regionale Truppe von 4.000 Soldaten zur Unterstützung autorisiert. Doch die UN-MISS steckt nach wie vor tief in der Krise.

### **Eine politische Lösung ist gefragt**

Um die Bevölkerung effektiver zu schützen, bräuchte die UN-Mission eine bessere Koordinierung, eine bessere finanzielle Ausstattung und Truppenaufstockung, sowie ein robusteres Mandat (zu den Möglichkeiten der Intervention siehe KAS-Länderbericht vom 6.12.2016:

<http://www.kas.de/uganda/de/publications/47336/>).

Doch selbst mit einer gut funktionierenden UN-Friedenstruppe ließe sich weder die humanitäre Katastrophe bewältigen, noch könnte man mit ihr einen stabilen Frieden erzwingen. Da die Ursachen der Krise politischer Natur sind, müssen auch die Lösungen auf politischer Ebene gefunden werden. Dies ist aber von den verantwortlichen politischen Kräften im Südsudan ohne

massiven Druck von außen kaum zu erwarten.

Die Zeit drängt. Seit 2013 haben die internationalen Akteure sukzessive an Einfluss auf die südsudanesischen Führung verloren. Das liegt auch an Inkonsequenz, schlechter Abstimmung und mangelnder Geschlossenheit. Die Chance, stärkeren internationalen Druck aufzubauen, wurde im Dezember 2016 erneut vergeben. Die Verhängung eines UN-Waffenembargos scheiterte knapp im Sicherheitsrat. Auch andere Sanktionsmöglichkeiten, zum Beispiel mit Blick auf ausländische Bankkonten der für die Gewalt verantwortlichen Eliten, wurden bisher nicht ausgeschöpft.

Die aktuelle Krise, der drohende Hungertod von Hunderttausenden, erfordert eine Konzentration auf schnelle, verlässliche, gut koordinierte und umfassende humanitäre Hilfe. Dazu muss die internationale Gemeinschaft die entsprechenden Mittel bereitstellen. Der *Humanitarian Response Plan* für den Südsudan für das Jahr 2017 gibt hier die Richtung vor: um den Hilfsorganisationen den geplanten Einsatz für 5,8 Millionen Menschen in größter Not zu ermöglichen, bedarf es Mitteln von mindestens 1,6 Milliarden US-Dollar. Mit größtmöglichem Druck muss auf eine Einstellung der Kampfhandlung und uneingeschränkter Zugang für die Hilfsorganisationen hingewirkt werden, um zunächst kurzfristig das Leid zu lindern.

Gleichzeitig ist ein neuer Anlauf für den Friedensprozess dringend von Nöten. Dabei ist ein neuer Ansatz gefragt. Die alleinige Fokussierung auf die Lager Kiirs und Machars muss überwunden werden zugunsten eines inklusiveren Prozesses, der auch die verschiedenen Milizen und zivile Akteure einbindet. Zudem müssen die Nachbarländer in der Region mit ihren Einflussmöglichkeiten und ihrem Eigeninteresse an regionaler Stabilität stärker in die Pflicht genommen werden. Eine erneute Konzentration auf eine rein technische Lösung der Machtteilung wird nicht ausreichen. Ökonomische Faktoren, die den Gewaltakteuren Anreize bieten, müssen ebenso thematisiert werden wie Fragen der Aussöhnung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen. Diese Aufgabe ist komplex, aber ohne Alternative.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**UGANDA**

MATHIAS KAMP

**Februar 2017**

**[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

Aus Diplomatenkreisen kommen derzeit unterschiedliche Stimmen. Zum einen wird mehr Engagement und Druck seitens der internationalen Gemeinschaft gefordert. Zum anderen mehren sich die pessimistischen Stimmen. So lässt sich abseits der Öffentlichkeit mitunter der Verweis auf den „lost case“ - den „verlorenen Fall“ - Südsudan vernehmen.

Die Staatengemeinschaft kann sich einen „lost case“ aber nicht erlauben. Aus humanitären Gründen nicht. Aber auch, weil wir wissen, dass eine Krise solchen Ausmaßes nicht vor Grenzen Halt macht. Dies lehren uns die Erfahrungen mit Flüchtlingsströmen, gescheiterten Staaten als Keimzellen des Terrorismus, sowie die Effekte regionaler Destabilisierung und wirtschaftlicher Verwerfungen in anderen Krisengebieten. Es wäre fatal, sich an der falschen Hoffnung festzuhalten, der Südsudan könne sich selbst retten. Die wichtigen externen Akteure müssen ihren Handlungsspielraum endlich voll ausschöpfen, um der Abwärtsspirale Einhalt zu gebieten. Ansonsten bleibt nur der düstere Ausblick: das Sterben hat gerade erst begonnen.